

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 19.05.2011 im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Landrat Dr. Kai Zwicker

Mitglieder:

Bernadette Aehling	Borken	
Ludwig Artmeyer	Bocholt	ab TOP 6, 17:05 Uhr
Eckart Ballenthin	Stadtlohn	
Arno Berning	Raesfeld	ab TOP 6, 17:05 Uhr
Ralf Bertram	Bocholt	
Werner Bleker	Borken	
Reinhard Böcker	Ahaus	
Barbara Büscher	Stadtlohn	
Karlheinz Busen	Gronau	
Heidi Buskase	Gronau	
Angelika Dannenbaum	Ahaus	
Günther Dirks	Borken	
Dietmar Eisele	Ahaus	
Heinz-Josef Elpers	Ahaus	
Frank Engbers	Südlohn	
Hans-Georg Fischer	Ahaus	ab TOP 15, 17:25 Uhr
Sven Gabbe	Gronau	
Magdalene Garvert	Rhede	
Heinz Gausling	Legden	
Rudolf Geukes	Isselburg	
Ulrich Günhen	Isselburg	
Volker Jürgen Himmel	Gronau	
Ulrich Holzer	Bocholt	
Markus Jasper	Heek	
Dirk Kappenhagen	Borken	
Günter Kendzierski	Gronau	
Johannes Kisfeld	Stadtlohn	
Wolfgang Klein	Ahaus	
Anne König	Borken	
Markus Krafczyk	Bocholt	
Bernhard Krasenbrink	Bocholt	
Berthold Langehaneberg	Legden	
Paul Lensing	Borken	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Heinrich Lübbering	Vreden	
Johannes Maus	Velen	

Wolfgang Kurt Mazur	Gronau
Klaus Meyermann	Bocholt
Heiko Nordholt	Gronau
Josef Osterhues	Ahaus
Hans Theo Peschkes	Bocholt
Stephanie Pohl	Gescher
Uta Röhrmann	Bocholt
Maja Saatkamp	Borken
Theo Sanders	Bocholt
Bernd Schlipfing	Vreden
Bernd Schöning	Stadtlohn
Markus Schulte	Gronau
Ursula Schulte	Vreden
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn
Silke Sommers	Bocholt
Jens Spahn	Ahaus
Jens Steiner	Heek
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken
Gerti Tanjsek	Bocholt
Jörg von Borczyskowski	Gronau
Christel Wegmann	Rhede
Friedhelm Weikamp	Rhede
Gertrud Welper	Vreden

ab TOP 9, 17:10 Uhr

Es fehlen entschuldigt:

Gerhard Ludwig	Borken
----------------	--------

Vertreter/innen der Verwaltung:

Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues
Kreiskämmerer Wilfried Kersting
Dr. Elisabeth Schwenzow
Karlheinz Gördes
Sofia Arnold
Ramona Wameling
Hans Ritter

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Dr. Kai Zwicker eröffnet um 17:03 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.
Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.
Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil**Punkt 1: Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 17.02.2011**

Beschluss: einstimmig

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der vorherigen Sitzung am 17.02.2011 wird genehmigt.

Punkt 2: Einwohnerfragestunde

Landrat Dr. Kai Zwicker teilt mit, dass eine Einwohnerfrage eines Bocholter Bürgers zum Aa-Radweg vorliege, die an die Stadt Bocholt weitergeleitet worden sei.

**Punkt 3: Übertragung der Haushaltsreden der Fraktionen als "Livestream" im Internet
Vorlage: 0108/2011**

Berichterstatter/in: Landrat Dr. Kai Zwicker

Beschluss: einstimmig

Es erfolgen zunächst keine weiteren Filmübertragungen aus den Kreistagssitzungen im Internet. Stattdessen soll die weitere technische Entwicklung auf diesem Gebiet abgewartet werden.

Punkt 4: REGIONALE 2016 – Sachstand

- **Vorlage: 0120/2011**
- **Tischvorlage zur Vorlage: 0120/2011**

Berichterstatter/in: Landrat Dr. Kai Zwicker
Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Landrat Dr. Kai Zwicker weist auf die ausgelegte Tischvorlage vom 18.05.2011 zur Vorlage 0120/2011 hin und berichtet über die intensive Diskussion im Kreisausschuss. Die Kreisausschussmitglieder hätten sich schließlich für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Findung eines neuen Namens und eines Logos für das „Kulturhistorisches Zentrum Westmünsterland“ ausgesprochen.

Er stellt dann den insoweit geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss: einstimmig

Für die Findung eines neuen Namens und eines Logos für das „Kulturhistorisches Zentrum Westmünsterland“ wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Bis zum 25.05.2011 sollen die CDU-Fraktion zwei Mitglieder und die anderen Fraktionen jeweils ein Mitglied benennen.

Der Sachstand zur REGIONALE 2016 sowie die Ideen für einen Namen und ein Logo für das Kulturhistorische Zentrum Westmünsterland werden zur Kenntnis genommen.

nachrichtlich:

Für die Arbeitsgruppe zur Findung eines neuen Namens und Logos für das „Kulturhistorische Zentrum Westmünsterland“ wurden folgende Personen benannt:

	<u>Ordentliches Mitglied</u>	<u>Stellvertreter/in</u>
CDU-Fraktion	Sven Gabbe	-/-
	Josef Osterhues	-/-
SPD-Fraktion	Uta Röhrmann	-/-
UWG-Fraktion	Jörg von Borczyskowski	-/-
Fraktion B90/ Die Grünen	Maja Saatkamp	Jens Steiner
FDP-Fraktion	Günther Dirks	Reinhard Böcker

Punkt 5: Auflösung der UWe - Unternehmensförderungsgesellschaft Westmünsterland GmbH & Co.KG
Vorlage: 0095/2011

Berichterstatter/in: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag stimmt der Auflösung der UWe - Unternehmensförderungsgesellschaft Westmünsterland mbH & Co.KG zu.

Punkt 6: Bürgschaftsübernahme zu Gunsten der Regionalverkehr Münsterland GmbH

- Vorlage: 0118/2011
- Ergänzungsvorlage: 0118/2011/1

Berichterstatter/in: Kreiskämmerer Wilfried Kersting
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Es besteht Einvernehmen, den Punkt auf die kommende Sitzungsrunde (Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen am 21.06.; Kreisausschuss am 14.07.; Kreistag am 21.07.2011) zu vertagen.

Punkt 7: Zuwendungsbericht 2010
Vorlage: 0113/2011

Berichterstatter/in: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Landrat Dr. Kai Zwicker erklärt, die Verwaltung werde der Anregung der Kreistagsabgeordneten Welper aus der vorangegangenen Sitzung des Kreisausschusses nachkommen und in künftigen Zuwendungsberichten auch die Vergleichszahlen aus den Vorjahren mit angeben.

Der Kreistag nimmt den Zuwendungsbericht des Kreises Borken für das Jahr 2010 zur Kenntnis.

Punkt 8: Beteiligungsbericht 2010
Vorlage: 0114/2011

Berichterstatter/in: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Der Kreistag nimmt den Beteiligungsbericht gemäß § 117 Abs. 2 GO NRW zur Kenntnis.

Punkt 9: Einführung der Bezeichnung "Jobcenter" für die Besondere Einrichtung in der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II
Vorlage: 0106/2011

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Der Bericht zur Umbenennung der besonderen Einrichtung „Service-Punkt ARBEIT im Kreis Borken“ in „Jobcenter im Kreis Borken“ wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 10: Einführung und Umsetzung einer Zielsteuerung im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung SGB II im Kreis Borken
Vorlage: 0107/2011

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Kreistagsabgeordnete Seidensticker-Beining erklärt, beim Ziel „Senkung der Leistungen zum Lebensunterhalt“ sollte verdeutlicht werden, dass es sich auf die Summe der Leistungen insgesamt und nicht auf den Leistungssatz für den einzelnen Hilfeempfänger beziehe. Ansonsten könne es leicht missverstanden werden.

Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster erläutert, die Wortwahl der Ziele sei landesweit einheitlich festgelegt. In der Langfassung sei der Bezug dann auch eindeutig.

Der Bericht zur Einführung und Umsetzung der Zielsteuerung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 11: Umsetzung der neuen Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder und Auswirkungen des Kompromisses zur SGB-II-Reform
Vorlage: 0117/2011

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., stellt in Frage, dass die neu ins SGB II/SGB XII aufgenommenen Leistungen tatsächlich zu einer höheren gesellschaftlichen Teilhabe führen werden.

Auf ihre Bitte sichert Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster zu, im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit zu gegebener Zeit darzustellen, in welcher Anzahl Bildungs- und Teilhabeleistungen in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden bis zum Jahresende 2011 tatsächlich in Anspruch genommen wurden.

Der Bericht über die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes und die Auswirkungen des Kompromisses zur SGB-II-Reform wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 12: Teilnahme des Kreises Borken am European Energy Award (eea)
Vorlage: 0119/2011

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Landrat Dr. Kai Zwicker berichtet, der Kreisausschuss habe vorhin einvernehmlich empfohlen, dem Ausschuss für Umwelt die Zuständigkeit zur Besetzung des Energie-Teams zu übertragen. Der Empfehlung sei eine Anregung von Frau Welper vorhergegangen, das Team nicht ausschließlich verwaltungsintern, sondern zusätzlich mit einem Mitglied jeder Fraktion und der Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt zu besetzen. Er lässt sodann über den vom Kreisausschuss geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Schritte zur Teilnahme am European Energy Award einzuleiten.

Der Ausschuss für Umwelt erhält den Auftrag, über die Besetzung des Energie-Teams zu entscheiden.

Punkt 13: Nachbesetzung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 0100/2011

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Beschluss: einstimmig

Als Nachfolger von Herrn Claus Themann wird Herr Jürgen Schulze Herding als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied (persönliche Stellvertretung für das Ausschussmitglied Ute Gertz) in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Punkt 14: Wahl eines neuen stellvertretenden Mitgliedes für den EUREGIO-Rat
Vorlage: 0116/2011

Berichtersteller/in: Landrat Dr. Kai Zwicker

Beschluss: einstimmig

Herr Dr. Gerd Eckstein wird als Vertreter von Landrat Dr. Kai Zwicker zum stellvertretenden Mitglied des EUREGIO-Rates gewählt.

Punkt 15: Urananreicherungsanlage Urenco in Gronau

- **Antrag der SPD-Fraktion vom 25.04.2011**
Vorlage: 0111/2011
 - **Stellungnahme der Verwaltung**
Vorlage: 0115/2011
 - **Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 16.05.2011**
Vorlage: 0123/2011
 - **Antrag der UWG-Fraktion vom 18.05.2011**
Vorlage: 0126/2011
-

Berichtersteller/in: Lfd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick
Heiko Nordholt
Fraktionsvorsitzende Markus Schulte/ Bernd Schöning
Fraktionsvorsitzender Jörg von Borczyskowski

Landrat Dr. Kai Zwicker informiert, der Kreisausschuss habe diesen Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag weitergegeben.

Kreistagsabgeordneter Nordholt verdeutlicht, die SPD-Fraktion halte ihr Anliegen für so wichtig, dass sie für eine möglichst breite Unterstützung gegebenenfalls auch bereit sei, die Formulierung im Beschlussvorschlag ihres Antrages, **Vorlage Nr. 0111/2011**, abzuschwächen. Das Wort „aufgefordert“ in den Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlags ersetze er daher hiermit jeweils durch das Wort „gebeten“. Die SPD-Fraktion unterstütze die beiden weiteren Anträge.

Kreistagsabgeordneter Schulte, M., berichtet, über den gemeinsamen Antrag von CDU und FDP habe es bereits im Gronauer Stadtrat Konsens gegeben. Die Anträge der SPD und UWG-Fraktion befürworte seine Fraktion nicht. Mögliche Maßnahmen, die die Firma Urenco schon vor dem Vorliegen des Ergebnisses der Sicherheitsüberprüfung zum wirksamen Schutz u.a. gegen Flugzeugabstürze unternahme, seien danach vielleicht schon überholt. Das Anliegen der UWG-Fraktion sei insofern eine Selbstverständlichkeit, als die Verwaltung die Sonderschutzpläne nach Vorliegen des Sicherheitsberichtes gegebenenfalls natürlich unverzüglich anpassen müsse.

Landrat Dr. Kai Zwicker erläutert, mit Blick auf den Antrag der UWG-Fraktion schlage er eine Erweiterung des gemeinsamen Antrages der Fraktionen von CDU und FDP, **Vorlage Nr. 0123/2011** um folgenden Passus vor: „Die Verwaltung wird nach Abschluss der Sicherheitsüberprüfungen den Sonderschutzplan UAG und den Einsatzplan BZA erforderlichenfalls umgehend anpassen.“ Nach seiner Auffassung habe sich der UWG-Antrag damit erledigt, zumal die Sonderschutzpläne auch mögliche Flugzeugabstürze berücksichtigen würden. Eine Neubewertung obliege der Atomaufsicht.

Kreistagsabgeordneter von Borczyskowski teilt mit, nach Auffassung seiner Fraktion sei das Szenario eines Flugzeugabsturzes unter den Eindrücken der Katastrophe in Japan sowohl im Sonderschutzplan UAG als auch im Einsatzplan BZA schon jetzt neu zu bewerten. Dies gelte unabhängig vom Ergebnis des Sicherheitsberichtes, das außerdem erst frühestens in einem Jahr vorliegen werde. Im Übrigen würden die Pläne einem stetigen Prozess unterliegen und könnten aufgrund des Sicherheitsberichtes gegebenenfalls erneut angepasst werden. Den Antrag seiner Fraktion halte er deshalb aufrecht. Gleichzeitig ändere er den Beschlussvorschlag zur **Vorlage Nr. 0126/2011** zur Klarstellung wie folgt ab: „Die Verwaltung wird beauftragt, den Sonderschutzplan UAG und den Einsatzplan BZA vor dem Hintergrund der neuen Erkenntnisse *bezüglich des Ereignisses* Flugzeugabsturz zu aktualisieren und zu überarbeiten.“ Darüber hinaus unterstütze seine Fraktion die beiden weiteren Anträge.

Kreistagsabgeordnete Welper erklärt, ihre Fraktion werde allen drei Anträgen zustimmen. Sowohl die CDU-Fraktion als auch die FDP-Fraktion und die Verwaltung hätten sich in der

Vergangenheit nie zur Sicherheit von UAG und BZA positioniert, auch nicht nach den Ereignissen des 11. Septembers 2001. Sie beantrage Einsicht in die Stellungnahmen der Kreisverwaltung Borken zu den Genehmigungsverfahren beider Anlagen.

Kreistagsabgeordneter Nordholt hat kein Verständnis dafür, dass die Mitglieder der CDU und FDP-Fraktion dem Antrag seiner Fraktion nicht zustimmen wollen. Er frage sich, warum der Kreistag die Firma Urenco, die in Vorträgen immer wieder selbst auf ihre moralische und ethische Verantwortung hinweise, nicht bitten sollte, ihre Anlage auf freiwilliger Basis sicherer zu machen als es rechtlich vorgeschrieben sei. Im Übrigen habe auch der Borkener Kreistag eine eigene Verantwortung.

Kreistagsabgeordneter Schöning gibt an, der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion sei identisch mit dem Antrag der SPD-Fraktion im Stadtrat Gronau, der dort im Rat am 13.04.2011 beraten worden sei. *[Kreistagsabgeordneter Nordholt verlässt daraufhin für drei Minuten den Sitzungssaal.]* Inhaltlich kritisiere er, dass vor einem Tätigwerden der Firma Urenco zunächst der Gesetzgeber definieren müsse, was ein *wirksamer* Schutz beinhalte, damit getroffene Maßnahmen dann auch tatsächlich den Vorschriften entsprechen. Die Forderung, das Restrisiko zu versichern, sei praktisch unmöglich. Denn weltweit würde kein Versicherungskonzern einen Schutz anbieten, der über den im Atomgesetz verpflichtend vorgeschriebenen hinausgehe. Das Restrisiko, soweit es über die Versicherungssumme hinausgehe, trage der Staat und damit der Steuerzahler.

Kreistagsabgeordneter Mazur erklärt, dass er allen drei Anträgen zustimmen werde.

Auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Buskase teilt Landrat Dr. Kai Zwicker mit, der Sonderschutzplan UAG und der Einsatzplan BZA seien zuletzt im vergangenen Jahr angepasst worden. Generell würden beide Pläne bei Bekanntwerden von Änderungen ständig aktualisiert. Die genauen Daten würden der Niederschrift beigelegt:

Der Einsatzplan BZA ist am 01.01.2005 aufgestellt und mit Datum vom 12.04.2010 fortgeschrieben worden. Der Sonderschutzplan Urenco ist am 01.04.2004 aufgestellt und am 20.08.2009 fortgeschrieben worden. Zur Fortschreibung hat es eine Ergänzung mit Datum vom 01.06.2010 gegeben.

Nach weiterer Diskussion, an der sich die Kreistagsabgeordneten Eisele, Saatkamp, Schulte, U., Steiner und Spahn beteiligen, stellt Landrat Dr. Kai Zwicker die drei je mündlich geänderten Anträge zur Abstimmung.

Beschluss über den geänderten SPD-Antrag (Vorlage Nr. 0111/2011):

24 Ja-Stimmen

36 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss über den geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Vorlage Nr. 0123/2011):

einstimmig

Der Kreistag des Kreises Borken bittet die Kreisverwaltung beim zuständigen Ministerium der nordrhein-westfälischen Landesregierung eine Stellungnahme zu folgenden Punkten anzufordern:

- 1.) Ist der genehmigte Ausbau des Freilagers der Urananreicherungsanlage Gronau im Hinblick auf Flugzeugabstürze und anderer Großschadensereignisse unbedenklich?
- 2.) Sollte dies nicht der Fall sein, warum wurde der gegenwärtige Ausbau genehmigt?

- 3.) Welche Nachbesserungsmaßnahmen müssen nach Auffassung der Landesregierung ergriffen werden, um eventuell bestehende Sicherheitsmängel zu beseitigen?
- 4.) Ist die Schadensersatzpflicht des Unternehmens bei Verwirklichung des so genannten Restrisikos versicherungsvertraglich hinreichend abgesichert?
- 5.) Wenn nicht, welche Möglichkeiten bestehen, Defizite in Haftungsgrund und –umfang zu beseitigen?

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Abschluss der Sicherheitsüberprüfungen den Sonder-schutzplan UAG und den Einsatzplan BZA erforderlichenfalls umgehend anpassen.

Beschluss über den geänderten UWG-Antrag (Vorlage Nr. 0126/2011):

24 Ja-Stimmen

36 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Punkt 16: RWE-Hauptversammlung Antrag der SPD-Fraktion vom 25.04.2011 Vorlage: 0112/2011

Berichterstatter/in: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte
Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Auf die Frage des Kreistagsabgeordneten Eisele antwortet Landrat Dr. Kai Zwicker, die Beteiligung der RWE am Neubau eines Atomkraftwerkes in den Niederlanden sei weder in der Sitzung des Beirats noch in der Hauptversammlung thematisiert worden.

Auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Schulte, U., erklärt er, dass die kommunalen Vertreter als Aktionäre in seinen Augen sehr wohl weiter Einfluss auf die Geschäftspolitik der RWE hätten.

Die Sachdarstellung der Verwaltung vom 06.05.2011 über die RWE Hauptversammlung am 21. April 2011 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 17: Mitteilungen der Verwaltung

Landrat Dr. Kai Zwicker berichtet, Herr Hindrik Stegemann werde zum 31.12.2011 als Geschäftsführer der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH in den Ruhestand treten. Nachfolger werde Herr Peter Kleyboldt aus Velen, der derzeit noch bei der Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet mbH arbeite.

Landrat Dr. Kai Zwicker gibt als Termin für die nächste Sitzung des Polizeibeirates den 14.06.2011 (16.00 Uhr, Polizeidienstgebäude Borken) bekannt.

Kreiskämmerer Wilfried Kersting teilt mit, die sehr arbeitsintensive Überleitung der Daten des Jahresabschlusses 2008 auf das Jahr 2009 werde voraussichtlich Mitte Juni 2011 beendet sein. In der kommenden Sitzung der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Verwaltungsentwicklung werde er hierüber näher berichten. Mit der Vorlage des Jahresabschlusses 2009 sei dann im Spätherbst 2011 zu rechnen.

Punkt 18: Anfragen

Kreistagsabgeordnete Schulte, U., fragt, ob der Zeitungsbericht, nach dem der Kreis Borken einen Zebrastreifen an der Beatrixstraße in Vreden abgelehnt habe, weil er nur eine Scheinsicherheit schaffen würde, richtig sei.

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick sichert eine Behandlung dieses Themas im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen zu.

Auf Nachfrage der Kreistagsabgeordneten Seidensticker-Beining teilt Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster mit, es werde hoffentlich gelingen, dass alle fachspezifischen Stellungnahmen zum Kompass Kreis Borken 2025 auch tatsächlich zu den jeweiligen Beratungen im Fachausschuss vorliegen werden. Grundsätzlich würden alle Stellungnahmen in die politische Beratung gegeben, sobald sie der Verwaltung vorliegen.

Ende des öffentlichen Teils